

Vom Rechnen rauchende Köpfe

Rund 250 Besucher bei Info-Veranstaltung über alternative Abrechnungsmodelle für Abwasseranlagen

Johannesberg. Gerechnet, bis die Köpfe rauchten, wurde am Dienstagabend in der Schulturnhalle. Doch was für jeden einzelnen letztendlich günstiger ist, konnte auch der Moderator der Informationsveranstaltung, Goldbachs Bürgermeister Thomas Krimm (Freie Wähler), den rund 250 Besuchern nicht sagen: das von der Wählergruppierung Johannesberg Aktiv (JA) zum Bürgerentscheid am 1. November eingebrachte Finanzierungsmodell 70:30 für neue und verbesserte Abwasseranlagen oder die von der Gemeinderatsmehrheit getragene bisherige 100-prozentige Abrechnung über Beiträge (wir berichteten).

Modell im AmtsblattWer es genau wissen möchte, könne seinen Fall im Johannesberger Rathaus ausrechnen lassen, schlug Krimm vor. Er bescheinigte der Verwaltung hervorragende Arbeit bei der Modellrechnung für die beiden Finanzierungsmöglichkeiten. Zusammen mit der Stellungnahme der JA und der Gemeinde wurden diese bereits im Johannesberger Amtsblatt und im Internet auf den Websites der Gemeinde und der JA veröffentlicht.

Beim anstehenden Bürgerentscheid gehe es, so Krimm, nicht um Unterschiede, die klar wären wie »Schwarz oder Weiß«. Vielmehr seien die Bürger aufgefordert, die künftige Richtung festzulegen. Im Markt Goldbach mit knapp 9800 Einwohnern und einem zentralen Anschluss an die Stadt Aschaffenburg werden die gemeindlichen Ausgaben für Abwassereinrichtungen zu 100 Prozent über Verbrauchsgebühren (drei Euro pro Kubikmeter) abgerechnet.

Würde man das auf Johannesberg mit rund 4200 Bürgern in fünf unterschiedlich entwässerten Ortsteilen übertragen, ergebe das »horrende« Kanalgebühren, sagte Krimm. Er wertete das Modell der JA als Kompromiss-Versuch.

Zu Beginn stellten beide Parteien ihre Modelle noch einmal vor. Johannesbergs Bürgermeister Peter Zenglein (CSU) räumte ein Missverständnis aus: Er sei gefragt worden, ob die Bürger beim JA-Modell nun 30 Prozent weniger bezahlen müssten. »Definitiv nein«, sagte Zenglein. Die 30 Prozent hole sich die Gemeinde vielmehr in den nächsten 40 Jahren über das Kanalgeld wieder - sollte die Mehrheit am 1. November für das JA-Modell stimmen. Die Gemeinde müsse dann eine Million Euro mehr Schulden machen.

JA-Sprecher Werner Schnaitmann sagte, die Kritiker des 70:30-Modells argumentierten zu Unrecht mit einer drohenden höheren Pro-Kopf-Verschuldung. »Die Belastung kommt vom Johannesberger Grundstücks-Missmanagement«, meinte Schnaitmann. Statt zu jammern sollte die Gemeinde lieber ihre vielen Flächen verkaufen.

Viele UnsicherheitsfaktorenEtliche Fragen der Besucher drehten sich um das, »was rauskommt, wenn ich beides glatt auf den Tisch lege und vergleiche«, wie es ein Bürger formulierte. In den Antworten aus dem Podium - bis auf zwei Entschuldigte waren alle Gemeinderäte vertreten - spiegelte sich wider, dass die künftige wirtschaftliche Entwicklung viele Unsicherheitsfaktoren birgt und die Gemeinde Johannesberg letztendlich das Risiko trägt. Darauf wies Kämmerer Robert Hain mehrmals hin. Krimm präziserte: »Die Gemeinde, das sind aber alle Bürger.«

Deutlich wurden in der Diskussion die unterschiedlichen Standpunkte von Hausbesitzern und Mietern. Nach Schätzung von Alexander Sauer, dem geschäftsleitenden Beamten im Rathaus, gibt es rund 500 Mietwohnungen in Johannesberg. Eine Bürgerin meinte, das 70:30-Modell belaste Mieter und größere Haushalte mehr. Sein Mitleid mit den Grundstücksbesitzern halte sich in Grenzen, sagte ein Diskussionsteilnehmer. Schnaitmann hatte argumentiert, dass das JA-Modell vor allem Hausbesitzer entlaste, die arbeitslos oder in Kurzarbeit seien.

Die Kosten »nach hinten zu schieben« belaste Kinder und Enkel, warnte ein Bürger. »Ich sehe das Problem nicht, dass wir heute egoistisch sind«, konterte

ein anderer. Es sei nicht einzusehen, dass die Gemeinde in vier Jahren eine Summe für etwas kassiere, das sie in den nächsten 40 Jahren abschreibe.

Diskussionsteilnehmer Wolfgang Herbolzheimer klagte über die ungerechte Behandlung der Bürger von Steinbach. Diese hätten vor nicht langer Zeit die Kläranlage des Ortsteils selbst bezahlen müssen und würden nun wieder zur Kasse gebeten.

Moderator Krimm nahm das zur Kenntnis, meinte aber, eine ausführliche Behandlung des Themas sprengte den Rahmen der Infoveranstaltung. Nachdem Herbolzheimer insistierte weiterzusprechen, entzog ihm Krimm das Wort und bekam »undemokratisches Verhalten« vorgeworfen. Abgesehen von diesem Zwischenfall verlief die Veranstaltung sachlich und fair. Krimm bescheinigte den Johannesbergern am Schluss »politische Diskussionskultur« und bot sich an wiederzukommen.



[Artikel drucken](#)

[Hier](#) können Sie im Main-Netz nach weiteren Artikeln suchen.

[Fenster schließen](#)